

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Badischer Beobachter. 1863-1935 1873**

28.12.1873 (No. 301)

# Badischer Beobachter.

Bureau: Adlerstraße Nr. 20 in Karlsruhe.

Nr. 301.

Ersteinstufig (Montag ausgen.)  
Preis 1 fl. 24 kr., durch die Post bezogen  
1 fl. 28 kr. vierteljährlich.

Sonntag, 28. December

Insertionsgebühren:  
die gespaltene Zeile oder deren  
Raum 4 Kreuzer.

1873.

Zu zahlreichem Abonnement auf den Badischen Beobachter laden wir mit Hinweis auf die an der Spitze des Blattes angegebenen Preisbestimmungen ergebenst ein.

## Badischer Landtag.

\* Karlsruhe, 22. Dec. (2. Kammer. Debatte über die Verfassungsrevision. Forts.)

Abg. v. Busz begründet seinen und seiner Freunde Initiativantrag auf Einführung direkter Wahlen: Er habe mit seinen Freunden nur einen Punkt bei Aenderung der Verfassung hervorgehoben. Das Wahlsystem sei der Gegenstand eines heftigen, nicht immer leidenschaftslosen Kampfes. Jeder bringe sich selbst mit, also seinen Parteistandpunkt. Die Frage sei oft discutirt worden, ob das Wahlrecht ein angeborenes oder erworbenes, positives Recht sei. Es sei viel Unfug mit den angeborenen Rechten getrieben worden, das gestehe er zu; aber immerhin gebe es solche angeborene Rechte. Schade nur, daß erst nach und nach diese Rechte stückweise nach langen Kämpfen Geltung fänden; wie lange habe z. B. in England der Kampf um die Abschaffung der Sklaverei gedauert! Jeder Mensch sei nach dem Ebenbild Gottes geschaffen, er sei ein gesellschaftliches Wesen und habe daher das Recht öffentliche Rechte, nicht bloß private zu besitzen; er müsse also, um seine Rechte schützen zu können, das Recht zu wählen und gewählt zu werden haben. Es sei sonach das Wahlrecht ein eigenthümliches Recht, die Politik aber schneide es dem Bedürfnis zu. Es sei ein charakteristischer Zug unserer Zeit, das Recht abzuschneiden und es in das Gebiet der Wohlfahrt, Zweckmäßigkeit, Convenienz u. s. w. hinüberzuleiten, — eine offenbar gefährliche Richtung. Um dieser entgegenzuwirken, sei von seiner Seite das directe Wahlrecht beantragt worden.

In neuerer Zeit solle auch der Minorität die Möglichkeit werden ihr Recht geltend zu machen. Unsere Zeit verlange Einfachheit. Er gehöre in diesem Saale einer kleinen Minorität von 10 an; er hoffe, daß sie aber noch auf 20 Sitze wachse. (Widerpruch links.)

Die indirekten Wahlen hätten eine große Gleichgültigkeit der Wähler gezeigt; das sei schon allein ausreichend, sie zu richten. Der Mensch habe nur dann eine Freude, wenn er auch das Ziel seines Strebens vor Augen sehe. Diese Gleichgültigkeit habe sich besonders in der Residenz Karlsruhe kund gegeben. Bei den indirecten Wahlen denke man: ich habe einmal gewählt, die Sache ist damit für mich abgemacht, das Uebrige haben die Wahlmänner zu thun; oder man sage von vornherein: ich gehe nicht hin, es ist doch gleich, wer gewählt wird. Wenn der Beamte wähle, so wähle nicht das Individuum, sondern der Beamte. (Schmidt v. C.: Sind Sie nicht auch Beamter?) Ja wohl, aber ich wähle nicht! (Heiterkeit.) [Als Randbemerkung möge uns erlaubt sein zu bemerken, daß Herr Schmidt sich diese Frage hätte ersparen können, da er doch wissen konnte, daß die Professoren der Landesuniversitäten ihre beiden Vertreter für die erste Kammer wählen! D. Red.] Bei den indirecten Wahlen hätten Beamte aller Art, Bürgermeister, Fabrikbesitzer die Hauptrolle, Leute, die etwas zu geben hätten; solche Wahlen zeigten daher Abhängigkeit, Dienstbarkeit. Die Mitteleperson des Wahlmanns sei in unserer Zeit überflüssig und schädlich; obgleich sie im Reich noch eine größere Berechtigung in Anspruch nehmen könnte, sei sie doch selbst dort abgeschafft. Wären die Wahlmänner Leute von besserer Einsicht als andere, so hätte man sie jedenfalls im Reich beibehalten. Da dies aber nicht sei, so möge man auch bei uns dem Volke selbst die Entscheidung, wer in die Kammer gehöre, in die Hand geben und nicht einer bloß künstlich gemachten Meinung.

Insbondere aber wünscht Redner den Unterschied zwischen Stadt und Land beseitigt. Die Verfassung habe die Städte unverhältnißmäßig bevor-

zugt. Das bisherige Privileg der Städte schreibe sich von der früheren Eigenschaft mancher derselben als Residenzen und Reichsstädte her. Auch er stamme aus einer Reichsstadt und man sehe ihm dies bisweilen an. (Heiterkeit.) Theils historische Erinnerung, theils andere nicht stichhaltige Rücksichten, wie z. B. daß Mannheim das Schooßkind mehrerer Mitglieder des Hauses sei, seien der Grund dieses Privilegiums, das wegfallen müsse. Wenn man im Reich das Privilegium großer Centren aufhebe, warum bei uns bei kleineren nicht? In den Städten sei allerdings eine lebhaftere Geistesrichtung; wäre sie mit einer gleichgroßen Charakterstärke verbunden, so könnte er eine solche Bevorzugung noch begreifen. Das sei aber nicht der Fall: das Sitzen in den Städten begünstige die geistige Verflachung, über deren Niveau man sich nicht erhebe. Da nun die Vorbedingungen zu einer Bevorzugung nicht da seien, sei auch keine Berechtigung zu letzterer vorhanden. Im Landvolk sei die gleiche Regsamkeit nicht vorhanden, weil es eben sesshaft sei und an der Scholle hänge; aber im Gegensatz zu den Städten wisse es, daß der Segen für seine Arbeit von Oben komme und darin liege bei ihm die solidere Grundlage; es könne verlangen, daß ihm die Gleichstellung nicht vorenthalten werde. Wenn man die Behandlung dieser Frage jetzt auch nicht für opportun halte, so halten wir sie dagegen für sehr opportun. (Heiterkeit.) Die Minorität, die Sie hier so schmal sehen, will in die Breite wachsen; es sollen nach rechts hin noch einige Sitze verdunkelt werden. (Heiterkeit.) Der Landtag solle über die Revision entscheiden und zu diesem Zwecke solle er neu aus direkten Wahlen gewählt werden.

Abg. Bluntschli begründet alsdann seinen Initiativantrag auf einjährige Budgetperioden:

Er habe ursprünglich für seinen ersten Antrag die Form der Resolution gewählt, dann aber die der Motion, es müsse also für letztere noch ergänzt werden, daß die große Regierung um ihre Initiative erlucht werde. Trotzdem bleibe aber die Initiative der Kammer für einen Antrag übrig, den auf Einführung des einjährigen Budgets. Früher habe man möglichst lange Perioden von einer Session zur andern gewollt, zu einer Zeit, wo das constitutionelle Leben wenig entwickelt gewesen, wo die Regierung einen möglichst langen Zeitraum hätte haben wollen, in der die Verwaltung durch die Kammerverhandlungen nicht genirt worden sei. Das sei heute nicht mehr so. Die Reichsverfassung habe einjähriges Budget und jährige Versammlungen. Wollten wir es Schritt mit der Reichsregierung halten, so sei es unbedingt nöthig, auch unsererseits eine gleiche Einrichtung zu treffen. So z. B. würden die Matricularbeiträge für ein Jahr berechnet, es sei also wünschenswerth, unser Budget darnach einzurichten. Die Arbeit des Budgets gewinne aber auch durch diese Aenderung: man werde sich weit kürzere Zeit damit befassen, man werde sich nur an neue Posten halten, nicht mehr an die längst feststehenden. Während so die Behandlung des Budgets weit kürzer und zugleich intensiver werde, würden auch die Verhandlungen im Plenum selbst abgekürzt. 6—7 Wochen jährlich würden vollkommen ausreichen zur Bewältigung der Geschäfte. Lange Landtage seien ohnehin höchst lästig: der Abgeordnete werde auf zu lange Dauer aus seinem Berufe herausgerissen, von seiner Familie entfernt, seine Gesundheit leide bei der beständigen Aufregung durch die Kämpfe der Parteien. 6—7 Wochen seien auszuhalten, 3—4 Monate seien bedenklich. Auch werde durch die vorgeschlagene Aenderung ein richtiges Verhältniß zum Reichstage hergestellt, der Landtag, der sich unmittelbar an den Reichstag anschließen könne, laufe nicht Gefahr mit dem letzteren zu collidiren. Wie das Reich, so solle das Land alle Jahre seine Vertretung haben. Unsere Landtage würden oft den Vertretern der Regierung zu lang; sie müßten keine Menschen sein, um nicht am Schluß auszurufen: Gott sei Dank, daß sie jetzt fort sind! (Hei-

terkeit.) So komme es, daß die Regierung gegen den Schluß einer Session hin oft ein rascheres Tempo einschlage, um die Geschäfte zur Abwicklung zu bringen, was deren Gründlichkeit Eintrag thun könne. Auch würden bei einjährigen Sessionen, die Regierung und Landtag näher rücken, die Gegensätze zwischen beiden weniger schroff werden können. Der Landtag werde an Einfluß gewinnen, die Regierung die Stimmung des Landes mehr hören. Also für beide Theile sei sein Vorschlag nützlich und das politische Leben werde erst recht normal constitutionell werden.

Das Haus beschließt hierauf in die Generaldebatte einzutreten.

Staatsminister Solly: Von den verschiedenen Parteien sei das Bedürfnis einer Revision der Verfassung anerkannt worden. Schon der § 1, heiße es, sei nur eine historische Notiz, die keine Wahrheit mehr enthalte. Allein er lege auf Aenderungen der Art keinen besonderen Werth, da sonst jedes Jahr Veränderungen vorgenommen werden könnten. Die Frage der Revision sei schon früher angeregt worden und die Regierung habe schon damals die Nothwendigkeit anerkannt, aber die Zeitdauer sich vorbehalten. Die Regierung habe diesem Landtag keine Vorlage in diesem Betreff gemacht und zwar deshalb, weil die Regierung der Ansicht sei, daß auch jetzt noch nur mit äußerster Vorsicht hierin vorgegangen werden könne. Die Verhältnisse im Reich seien noch nicht reif genug, das Verhältniß von Reich und Einzelstaaten insbesondere noch zu unsicher, um auf lange Jahre hinaus eine Reform feststellen zu können.

Bei einer näheren Begründung seiner Ansicht bitte er um Nachsicht, wenn er zu sehr in das Detail eingehe; er halte es nicht für richtig, daß die Herren vor ihm zu wenig in's Detail eingegangen seien. Er nehme an, daß principiell und wesentlich keine Aenderung zwischen Reich und Particularstaat stattfindet; aber auch das sei problematisch, so sehr er es auch wünschen möge. Das Reich werde sich jedenfalls intensiv in seinem Einfluß ausdehnen, wenn auch nicht extensiv. Andererseits könnten die Einzelstaaten nicht mehr geben, wenn sie noch als selbstständige Staaten existiren wollten. Alle Particularstaaten hätten noch staatsrechtliches Leben; man könne ihre Landtage nicht mit Provinciallandtagen oder Kreistagen zusammenstellen. Davon seien die Vorlagen dieses Landtages wieder ein Beweis, die so umfassender und tief eingreifender Natur seien. Es sei also für die Einzelstaaten immer noch ein sehr bedeutender Theil von Aufgaben zurückgeblieben. Wie sich das Verhältniß von jenem zum Reich weiter entwickeln werde, könne heute unmöglich schon gesagt werden. Daß bedeutende Aenderungen jetzt schon in Aussicht seien, thut Redner an mehreren Beispielen dar. So werde durch das für ganz Deutschland zu schaffende Civilrecht das politische Gebiet der Einzelstaaten wesentlich geändert; so durch die Einführung der Civilehe für ganz Deutschland, die auch wesentliche Aenderungen im Verhältniß von Staat und Kirche zur Folge habe. Letzteres Verhältniß selbst zu ordnen, liege außerhalb der Competenz des Reichs, wie er glaube, und das Reich werde diese Regelung den Einzelstaaten überlassen müssen. Aber das Reich sei andererseits durch unerbörte Angriffe zu Prohibitivmaßregeln genöthigt; Niemand wisse, wie weit das Reich hierin noch werde gehen müssen. So könnten die Proceßordnung, das Unterpfandswesen nicht isolirt bleiben. So sei's auf dem Gebiete der Steuern, wo die Matricularbeiträge für die Einzelstaaten sehr unbequem seien und es für das Reich nicht würdig sei, sich von den Einzelstaaten bezahlen zu lassen; da werde nun die direkte Reichsteuer nöthig fallen. So verhalte es sich mit den Verkehrsverhältnissen, wo es in unserm Interesse liege, daß möglichst bald ein Reichsgesetz die Dinge regle; wie weit dieses aber eingreifen habe, könnten wir noch nicht wissen. Durch das Alles habe er nur zeigen wollen, wie vermessenes es wäre zu sagen: ich weiß, daß in 5, 10 Jahren

diese oder jene Attribute des Staates an's Reich übergegangen sind.

Im Organismus des Reichs nehme der Bundesrath eine wichtige Stellung ein: er sei Staatenhaus und Mittheilhaber an der Regierung zugleich. Der geniale Schöpfer desselben habe ihm das höchste Lob ertheilt; Redner wolle in seiner Bescheidenheit nicht daran zweifeln; es sei auch nicht in Abrede zu stellen: der Bundesrath habe große Verdienste, seine Leistungen seien von dem Interesse des Ganzen erfüllt und er wahre daneben das Einzelne; aber trotzdem sei er eine irreguläre Schöpfung. Der geniale Mann, der das Größte in der deutschen Geschichte geschaffen, habe zu wenig theoretischen Sinn und so widerspreche der von ihm eingerichtete Bundesrath allen historischen Anschauungen. Es entstehe nun also die Frage: werde der Bundesrath rechtlich bleiben wie er sei oder werde er thatsächlich eine Mitregierung oder aber ein Staatenhaus sein? Für die Einzelstaaten und ihre Verfassungen sei dies höchst wichtig, solle die Verfassung der letzteren in geeigneter Weise sich umgestalten, so müsse man erst sehen, wie sich jenes Verhältnis im Reiche entwickle.

Diese Vorsicht bei Revision der Verfassung sei auch in formeller Hinsicht nöthig. Redaktionelle Vordrucke sollten nicht maßgebend sein; ein weiterer Punkt sei die Frage: wie solle vorgeschritten werden? Der Abg. v. Feder meine, es solle kein Stein mehr auf dem andern bleiben; das sei Redners Meinung durchaus nicht. Der Abg. Bluntschli sei sehr viel vorsichtiger gewesen, obgleich auch er eine Totalrevision wolle, wenn auch mehr der Form nach. Im Allgemeinen aber könne er sich den Ansichten von Bluntschli anschließen. Die Fortbildung des Reichs sei der Neubildung desselben vorzuziehen. Wenn man sage, man solle ändern, was nöthig sei, so sage er ja, was aber nur geändert werden solle um redactioneller oder theoretischer Dinge willen, damit sei er nicht einverstanden. Die vorsichtige Fortbildung sei allein gut. Die Franzosen seien in der formellen Behandlung der Verfassungen am geschicktesten und zeichneten sich durch die höchste redactionelle Sauberkeit aus; aber die glücklichsten im Leben seien die Römer gewesen und jetzt noch die Engländer; bei beiden aber sei eine unerhörte Zähigkeit gegenüber Verfassungsänderungen zu constatiren und die Engländer hätten nicht einmal eine redactionelle Verfassungsurkunde.

Die vorgeschlagenen Aenderungen seien von sehr verschiedener Bedeutung: von bloßen Redaktionsbemerkungen bis zu sehr wichtigen; andere habe man ganz vergessen. Es sei gut, historisch zu erhalten, welche Wohlthaten man der Verfassung verdanke; man solle deshalb dem Bauer die Ablösung der Lasten zur Secüre lassen. Bluntschli meine, man solle von Rechten und Pflichten gelegentlich der Verfassung reden, er wolle also Grundrechte vorausgeschickt haben; er sei indessen über diesen Punkt zu kurz gewesen, als daß er ihm weiter darin folgen könne. Im Allgemeinen sage er, man solle nicht mehr als irgend nöthig an dem Grundgesetze des Landes rütteln.

Etwas specieller sei nur eingegangen worden auf das Ein- und Zweitammersystem. Neu sei ihm der Gedanke gewesen, daß die beiden Kammern verschmolzen werden sollten; in einzelnen Staaten komme das vor, ob es aber zweckdienlich sei, sei disputabel. Ein solches Einkammersystem mit dem Reichstag zu vergleichen passe hier nicht: im Reichstag seien Alle gleich vom Volke gewählt, hier dagegen würde ein Theil Platz nehmen, der sein Mandat nicht vom Volk, sondern anderweitig her hätte. Ueberhaupt sei es nicht richtig zu sagen, im Reich habe man das Einkammersystem. Der Bundesrath sei freilich kein Staatenhaus, aber doch habe er Attribute desselben, ja er sei noch mehr als das. Die oft gehörte Analogie sei also falsch.

Und nun noch Eins. Die erste Kammer verdiene das höchste Lob; sie habe nie geschadet, viel genützt: temperirend und beschleunigend habe sie gewirkt von Wessenberg bis jetzt und er berufe sich auf das glanzvolle Wirken Bluntschli's selbst in jenem Hause.

In Betreff der Specialgesetzentwürfe sei er, was den von Buß anlangt, rund dagegen, weil man vor 3 Jahren erst das Wahlsystem geändert habe. Man solle nicht immer an erst geschaffenen Gesetzen wieder rütteln; ein dringendes Bedürfnis dazu sei nicht vorhanden. Materiell sei er nicht minder dagegen: vor allem müsse er sich auf's Entschiedenste gegen das angeborene Wahlrecht erklären, es sei das eine der allerberkehrtesten Ideen. Das Recht könne nur ausgeübt werden innerhalb der gegebenen Grenzen. Das jetzige Wahlrecht habe

überdies stets vortreffliche Kammern geliefert. Die Herren, die den Antrag eingebracht, hätten nach ihrer ganzen Vergangenheit als Hauptmotiv, daß sie die Selbstständigkeit beim Wahlrecht nicht wollten. Beim jetzigen Verfahren könne der einfachste Mann seine Vertrauensmänner in nächster Nähe finden, aber bei den directen Abgeordnetenwahlen mache sich eine Leitung geltend, die er nicht wünsche. Die Analogie mit dem Reiche sei nicht zutreffend: daß schon zweimal das Resultat der directen Wahl günstig für das Reich gewesen, daraus folge nichts; es sei fraglich, ob bei starken Parteilagen es künftig wieder so gehe. Man bedürfe also hier längerer Zeit zur Prüfung. Aber selbst wenn sich das directe Wahlsystem so bewährt hätte, wie wir es wünschen müßten, so sei das nicht maßgebend für kleine Verhältnisse. Die Correctur sei im Reich durch die größeren Verhältnisse gegeben, die eine Ausgleichung widerstrebender Strömungen von selbst bedingten; nicht so im kleinen Staat, wo die Ansichten leichter wechseln und das Ganze umfassen könnten. Der Abg. Buß habe die Intelligenz in den Städten hervorgehoben, aber er wolle für sie das Land hierher setzen, — ziehen Sie also die Consequenzen daraus. (Heiterkeit.) Das directe Wahlsystem sei aber auch bedenklich wegen der Arbeitermassen in den Städten, wenn man es ohne jeglichen Uebergang einführe. Feder habe dabei in uneigenlicher Weise sein eigenes Interesse vergessen, da man sonst vielleicht nicht das Vergnügen habe ihn hier zu sehen, sondern einen Socialdemokraten. (Heiterkeit.) Das Unglück wäre zwar zu ertragen, etwas mehr roth oder mehr schwarz hier zu sehen, aber die Coalition sei nicht wünschenswerth.

Was schließlich den Antrag auf einjährige Budgetperioden betreffe, so sei er damit einverstanden. Er wünsche nur die Voraussetzung zu fixiren, daß wirklich eine Abspaltung stattfinde. Daß die Landtage jetzt zu lang seien, darüber könne kein Zweifel sein. Ueber diese Dinge sowie über die Frage der Integralerneuerung wünsche er die Commissionsberathung, nicht die im Plenum.

Um Alles zusammenzufassen, so sei er gegen den Antrag von Buß, für denjenigen von Bluntschli, insofern eine nähere Prüfung desselben stattfände; mit der Theorie v. Feder's, daß kein Stein auf dem andern bleiben solle, sei er nicht einverstanden. Wolle man Vertrauensmänner, so werde er sie mit Vergnügen beziehen. Die Wahl derselben solle auf Männer gesamt werden, die mit Vorsicht zu Werke gehen und genau prüfen.

Abg. Kiefer lobt die Verfassung als eine wahrhaft staatsmännische und daß sie in staatsmännischem Geiste gehandhabt worden sei. Man habe mit Loyalität des andern Hauses gedacht und wohl daran gethan im Hinblick auf die Rolle von ersten Kammern in andern Staaten; allein man brauche nun einmal das Einkammersystem zum Zweck der Vereinfachung der Staatsmaschine und es sei das selbe auch im Volke draußen populär, wie dem Mittelstaate angemessen.

Was die Wahlreform betreffe, so wolle er keine solche zu Gunsten der Geistlichkeit. Er habe sich im Jahre 1869 für das allgemeine direkte Wahlverfahren ausgesprochen und sei auch heute noch dafür. Indessen seien die Gründe Jollys für die indirekte Wahl auf dem Lande richtig. Auch die Freisinnigkeit gewinne durch das direkte Verfahren in diesem Hause nicht. Ferner wolle er daran erinnern, daß in der amerikanischen Union das aus dem directen Wahlverfahren hervorgegangene Repräsentantenhaus in seiner Bildung viel niedriger stehe, als der Senat, bei dem die indirekte Wahl statt habe. Er glaube nicht, daß die Partei von Buß so große Aussichten bei der directen Wahl habe, wie dieser anzunehmen scheine, auch würden schwerlich drei Socialdemokraten von Mannheim entsendet werden. 1870 sei Herr v. Feder in Mannheim von Lamey geschlagen worden trotz der directen Wahl. Wenn die liberale Partei überall ihre Schuldigkeit thue, habe er keine Angst vor den Ultramontanen. Was Letztere betreffe, so beweise die Geschichte des allgemeinen Stimmrechts in Frankreich, daß diese je nach ihrem Vortheil für oder gegen das allgemeine Stimmrecht seien: die Pfarrer seien an der Spitze ihrer Gemeinden zur Wahlurne gekommen, um für den Despotismus Napoleons III. zu stimmen, weil sie in ihm den Beschützer des Vatican erblickt hätten; heute seien die Ultramontanen in Frankreich diejenigen, welche für die Abschaffung dieses Stimmrechtes plädirten. Das sei die ultramontane Zweckpolitik, nicht die des angeborenen Menschenrechts. Wären ihre freiherrlichen Grundsätze nicht eine bloße Maske, so würden sie aus der Kirche hinausgestoßen werden als Sünder gegen den Syllabus. Dagegen dürfe man nicht

vergessen, daß unsere Wahlmänner stets tapfer gekämpft hätten gegen die Reaction von Wien und Frankfurt und den mit diesen verbündeten Clerus. Der Clerus sei mit der Richtung eines Blittersdorf sehr intim gewesen, der einst zu einer Deputation gesagt: „Lassen Sie sich Ihre Eisenbahnen von Ihren liberalen Abgeordneten bauen“. Ihre Vorgänger auf jener Seite sind nicht auf dem Boden Reichensteins, Winters, Rebenius' gewandelt, sondern waren mit den reactionären Ministern intim. (Widerspruch rechts.) Lesen Sie Ihren Syllabus, worin steht, daß kein Friede mit dem Liberalismus sein dürfe. Die officielle ultramontane Kirchenregierung war stets nur demokratisch, wenn es ihr unmöglich war, das Ohr des Fürsten zu gewinnen. So ist es auch jetzt, wo der Papst das Ohr des Kaisers nicht erhalten kann. (Widerspruch rechts.) Wir allein sind die Vertreter der Humanität, des Fortschritts und der Freiheit.

Einer der ultramontanen Reichstagscandidate habe neulich in einer Parteiverammlung gegen den Militärzwang sich ausgesprochen; jetzt wo die Revanche in Frankreich geplant werde, sollte man so etwas für ein Ding der Unmöglichkeit halten. Wenn jetzt Jemand sage: wir wollen Euch erleichtern, so sei das gefährlich, es sei ein Gift, das zu verdauen bedenklich sei.

Wenn er aber trotz allem für das direkte Wahlverfahren sei, so komme das daher, daß die Liberalen sich mehr rühren möchten, sie müßten hinabsteigen in die untersten Schichten des Volkes. Er bewundere nicht, er bedaure die liberale Partei, daß sie so oft nicht genug thue; er habe, so lange er die Gesundheit dazu gehabt, es anders gemacht. Die liberale Partei müsse sich der demokratischen Art bedienen, um zu siegen, dann sei ihr der Sieg gewiß.

Redner will die Revision durch Conferenzen zwischen dem Staatsminister und der Regierung zuwege gebracht haben, bemerkt aber gegenüber der Auffassung Jollys: vermindern werde sich die Reichscompetenz nicht. Der Staatsminister habe übrigens nicht die Opportunität der Revision in Abrede gestellt, sondern nur gegen eine solche sich verwahrt, die, wie Feder wolle, „keinen Stein auf dem andern lasse.“ Die Regierung verlange nur eine maßvolle Behandlung der Sache.

Wenn er auch für die directen Wahlen sei, so könne er doch nicht eine völlige Zerreißung des jetzigen Wahlsystems, wie Buß dies wolle, billigen. Intelligenz, Industrie, Handel u. s. w. müßten an Stelle der bloßen Kopfzahl immer noch ein entsprechendes Gewicht in die Waagschale werfen können. Der Vorzug der Städte in der Anzahl der Abgeordneten dürfe also nicht beseitigt werden. Zu ganz specifisch ultramontanen Parteizwecken werde er sich nicht als Bundesgenosse hergeben. Seine Partei müsse ihnen vielmehr entgentreten, wo sie sie treffe. Die Ultramontanen seien bei den letzten Reichstagswahlen durchgefallen bis auf 2; die Liberalen würden einen ebenso entschiedenen Sieg diesmal haben, wenn sie tüchtig arbeiteten. Endlich freut sich Redner über den Liberalismus des Staatsministers, weil dieser die Revision für discutabel halte, und schließt unter dem Beifall seiner Parteigenossen.

Staatsminister Jolly: Er wolle nur dem Vorredner bemerken, daß es sich hier nicht um bestimmte Beschlüsse der Kammer auf Abänderung dieser oder jener Punkte der Verfassung handeln könne; das könne er nicht acceptiren; vielmehr müsse die Initiative der Regierung überlassen bleiben.

Abg. Kiefer: Er habe anders auch nicht gemeint; er habe über die Specialbestimmungen lediglich seine eigenen Gedanken aussprechen wollen.

Staatsminister Jolly: Er acceptire das; Specialitäten könnten nicht in den Beschluß des Hauses aufgenommen werden.

Abg. v. Feder: Es sei eine irrtümliche Unterstellung, wenn er gesagt haben solle, es dürfe in der Verfassung kein Stein mehr auf dem andern bleiben, er habe nur gesagt, daß man von Andern diese Besorgnis äußern höre; auch sei es nicht richtig, daß er seine unbedingte Zustimmung zu dem Gesetzentwurf von Buß gegeben habe.

Hierauf (es ist 1/2 Uhr) wird die Sitzung bis 4 Uhr unterbrochen. (Schluß folgt.)

## Deutschland.

Karlsruhe, 25. Dec. S. R. H. der Großherzog haben unterm 19. d. M. geruht: dem Obergericht und Domänenverwalter Tröger in Oberkirch die erledigte Obergerichterei in Bruchsal und die hierdurch in Erledigung kommende combinirte Berechnung Oberkirch dem Secretär Boeckh bei der Steuerdirection unter Ernennung zum Obergerichtmer und Domänenverwalter zu übertragen; ferner

den Cameralpractikanten Karl Walter von Offen-  
burg zum Secretär bei der Steuerdirection zu er-  
nennen.

**Radolfzell, im Dec.** Bei Colportierung der Alt-  
katholikenadressen kommen, wie man sagt, oft die  
größten Ungehörigkeiten vor; die Leute werden  
häufig getäuscht, oft unterschreibt Einer für viele  
Anderer; auch Schulkinder ließ man da und dort  
unterschreiben, damit die Listen voller werden. Wir  
bitten, sich über Derartiges genau zu verlässigen  
und an einen unserer 10 Abgeordneten nach Karls-  
ruhe zu berichten — namentlich auch über die Thätig-  
keit der Oberamtämner in dieser Angelegenheit.  
(Fr. St.)

⊙ **Von der Dreisam.** Hugstetten — und die  
altkathol. Petition?! Einsender dieses kennt Hug-  
stetten und besser Bevölkerung seit fast zwanzig  
Jahren, und er kann sagen genau. Als man  
jüngst den Namen „Hugstetten“ in Verbindung mit  
„altkathol. Petition“ in den Zeitungen las, war  
sein (des Einsenders) Urtheil gleich fertig: entweder  
ist hier ein Druckfehler, oder es will ein und der  
andere „Neuprotestant“ der „Schwarz“ angeschrie-  
benen Gemeinde einen Spud spielen, oder dieser  
Eine und Andere genügt sich ohne Gemeindevamen  
so vereinzelt aufzumarschieren und versteckt sich hinter  
diesen Namen. — In der That hat Einsender sich  
genau überzeugen können, daß Hugstetten dem wahren  
kirchlichen Katholicismus treu, — dem  
neuen sogenannten Altkatholicismus aber ferne ge-  
blieben und daselbst für solche Petition kein Boden  
ist. — Wie man's boshaft oder unverzeihlich leicht-  
sinnig treiben kann, mag dieser Fall beweisen: Als  
ausgeschickt wurde, daß die Liste für die Reichstags-  
wahlen zur Einsicht auf dem Rathhaus aufliege,  
sprengt Einer, der wahrscheinlich nur noch von Neu-  
protestantismus träumt, in der Nachbarschaft aus:  
„In Hugstetten liegt die Liste für die Altkatholiken  
auf, — es ist ausgeschickt worden.“ —

§ **Vom Rhein, 27. Dec.** Gestern fand eine Ver-  
sammlung der kath. Volkspartei in Durmersheim  
statt, die hauptsächlich die Aufklärung der Wähler  
über die hohe Wichtigkeit der bevorstehenden Reichs-  
tagswahlen bezweckte. Es sprachen die Landtags-  
abgeordneten Lender, Reichert und Hug, deren  
Vorträge mit Beifall aufgenommen wurden. Diese  
Versammlung wird — ohne Zweifel — bei den nächsten  
Wahlen — ihre guten Früchte tragen.

**Koblenz, 21. Dec.** Vor dem hiesigen Buchpoli-  
zeigericht wurde vorgestern gegen mehrere katholische  
Geistliche verhandelt. Einer war, laut der „Saar-  
Ztg.“, angeklagt, den Kanzel-Paragrapheu übertra-  
ten, ein Anderer, Herr Kaplan Lehnen von hier,  
auf einer Volksversammlung in Mayen den Fürsten  
Bismarck beleidigt zu haben, die Uebrigen waren  
auf Grund der Majestätsbeleidigung vorgeladen. Das Urtheil  
gegen den „Gelugten“ wurde verurteilt, Hr. Kaplan  
Lehnen freigesprochen, die Uebrigen zu je 50 Thlr.  
resp. 14 Tagen Gefängniß in contumaciam ver-  
urtheilt.

**Berlin, 22. Dec.** Die Theorie des Fürsten Bis-  
marck über die „Revolution“, welche er am  
17. d. im Abgeordnetenhaus entwickelte, gefällt  
selbst dem conservativen protestantischen „Reichs-  
boten“ nicht. Das Blatt spricht sich also aus:  
„Gegen die katholischen Bischöfe bemerkte der Fürst,  
daß deren Verhalten gegen den Staat ein revolu-  
tionäres sei, weil sie ihr persönliches Urtheil über  
die Staatsgesetze stellten und demselben deshalb den  
Gehorsam versagten. Die Anwendung von Gewalt  
sei bei der Revolution Nebensache. Ganz abgesehen  
von dem Verhalten der Bischöfe, scheint uns diese  
Definition von Revolution doch manches Beden-  
liche zu haben. Danach ist auch der passive Un-  
gehorsam um des Gewissens willen gegen ein Staats-  
gesetz schon Revolution; danach waren die Apostel  
und ersten Christen, sowie die Hugenotten in Frank-  
reich Revolutionäre, und im Grunde war dann  
auch die bekannte Aeußerung Luther's auf dem  
Reichstage zu Worms ein Act der Revolution.“

**Berlin, 22. Dec.** Seit einigen Tagen spricht  
man in den höhern gesellschaftlichen Kreisen von dem  
beabsichtigten Rücktritt des Kultusministers Dr.  
Falk. Das überaus günstige Zeugniß, welches  
Fürst Bismarck neulich im Abgeordnetenhaus bei  
Gelegenheit der Debatte über das Ehegesetz der Be-  
fähigung des Hrn. Falk mit einer gewissen Osten-  
tation ausstellte, spricht gerade nicht gegen die  
Glaubwürdigkeit jenes Gerüchtes. Auch wäre es  
ganz begreiflich, wenn Hr. Falk einer Aufgabe sich  
entziehen sehen möchte, der er trotz dem günstigen  
Zeugniß seines Chefs nicht gewachsen ist. Fraglich  
ist es freilich nur, ob Hr. Falk schon heute zu der  
Erkenntniß gelangt ist, daß seine Kräfte zu schwach  
sind, um die übernommene Sache zu Ende zu füh-  
ren. Immerhin aber steht so viel außer Zweifel,

daß Herr Falk trotz der zuversichtlichen Sprache,  
welche er in der Ehegesetz-Debatte wieder führte,  
den Boden unter sich mehr und mehr wanken  
fühlt. (?) Auch Fürst Bismarck soll nicht ohne Sor-  
gen der Zukunft entgegensehen. Zunächst liegt ihm  
der Ausfall der Reichstagswahlen sehr am Herzen,  
da diese seine Stellung leicht erschüttern können.  
Hat er auf dem nächsten Reichstage keine ergebene  
Mehrheit zur Verfügung, so ist es um seinen Nim-  
bus nach oben und nach unten geschehen. Denn  
auf dem nächsten Reichstage handelt es sich um  
die Lösung von Fragen, auf welche der Kaiser den  
höchsten Werth legt. Es handelt sich in erster  
Linie um das Zustandekommen des wichtigen Militär-  
gesetzes und sodann um die abermalige Erhöhung  
des Militär-Etats. In leterer Beziehung ist die  
Forderung jetzt auf 275 statt 225 Thlr. pro Kopf  
des Präsenzstandes fixirt, wobei an der dreijährigen  
Dienstzeit festgehalten wird. Thatsächlich erhöht  
sich also der Militär-Etat um ein weiteres Drit-  
theil, da bekanntlich die Mannschaften in der Regel  
schon nach einer zweijährigen Dienstzeit entlassen  
werden. Gelingt es dem Fürsten Bismarck nicht,  
diese Forderungen durchzusetzen, so dürfte ihm schließ-  
lich nichts weiter erübrigen, als von der politischen  
Bühne abzutreten. — Die Krzgtg. hält heute den  
Klagen der liberalen Blätter über die verzögerte  
Einbringung der größern organischen Gesetze die  
Thatfache entgegen, daß das Abgeordnetenhaus nach  
sechswöchentlicher Thätigkeit noch nicht ein Mal den  
unmittelbar nach seiner Constatuirung vorgelegten  
Staatshaushalts-Etat durchberathen hat, ja, daß  
noch nicht ein Mal ein einziger derjenigen Budget-  
Abschnitte, bei denen erhebliche Debatten zu erwar-  
ten sind, überhaupt zur Berathung im Plenum ge-  
langt sind. Diese Verschleppung seitens der ton-  
angebenden Parteien ist allerdings um so bezeich-  
nender, als die Wortführer des Liberalismus ohne  
Unterlaß das Centrum beschuldigt haben, daß es  
durch die Einbringung von Anträgen die Geschäfte  
des Hauses störe. Und dabei muß man sich noch  
vergegenwärtigen, daß die herrschenden Parteien  
seit langer Zeit schon die Taciturnität beobachten,  
die Minorität von der Coullissen-Arbeit ganz auszu-  
schließen und im Plenum so wenig als möglich zum  
Wort kommen zu lassen. Einen besonders wider-  
lichen Eindruck macht hierbei das Gebahren des ge-  
schwätzigsten Hrn. Lascher, der über alle möglichen  
Dinge das Wort ergreift und sich sogar häufig in  
den unglücklichen Versuche gefallt, die Rolle eines  
parlamentarischen Buchmeisters zu spielen, dabei  
jedoch ziemlich regelmäßig anläuft. — In der  
jüngsten Nummer der „Spen. Ztg.“ nimmt Herr  
Wehrenpennig von den Lesern dieses Blattes in  
dem seinen Eigendünkel charakterisirenden Bewußtsein  
Abschied, jener Zeitung zu einer politischen Bedeutung  
verhelfen zu haben. Die Wirkungen der Wehren-  
pennig'schen Thätigkeit rechtfertigen dieses Bewußt-  
sein aber durchaus nicht. Das Blatt ist vielmehr  
unter seiner Leitung zu einer vollständigen Bedeu-  
tungslosigkeit herabgesunken, was sich namentlich in  
der tiefgesunkenen Abonnentenzahl kundgibt. Daß  
es seinem Nachfolger, „unserm“ Braun gelingen  
werde, dem Blatt wieder auf die Beine zu helfen,  
ist trotz der Protection der Hintermänner wenig  
wahrscheinlich. Der officiöse Charakter der „Spen.  
Ztg.“ bleibt übrigens bestehen. Dr. Braun selbst  
gehört zu den heißblütigsten Anhängern der Bis-  
marck'schen Politik. Der verantwortliche Redacteur  
Dr. Schlöte ist aus der Redaction der stark preussisch  
gefärbten „Deutschen Zeitung“ herbeigeholt und das  
übrige Redactions-Personal ist, wie die „Voss. Ztg.“  
mittheilt, unter Beirath des Dr. Megidi engagirt  
worden. Endlich wurde mit der Verwaltung ein  
Mann betraut, dem bisher die Administration der  
„N. A. Z.“ oblag. Es liegt daher klar zu Tage,  
woher der Schönheimer'sche Bankverein die Mittel  
zum Ankauf des Blattes erhalten hat. (N. V. Z.)

**Berlin, 26. Dec.** Das Befinden des Kaisers ist  
zufriedenstellend; die katarhalischen Erscheinungen  
sind in stetiger Abnahme begriffen, die Nachtruhe  
ist größer.

### Ausland.

**Versailles, 26. Dec.** Bazaine ist gestern Abend  
um 8 Uhr abgereist und wird im Laufe des heuti-  
gen Nachmittags auf der Insel St. Marguerite an-  
kommen.

**San Sebastian, 23. Dec.** Zehn Dampfer sind  
hierher eingetroffen, um den General Moriones  
und dessen Truppen, welche durch 30,000 Carlisten  
bergestalt gegen die Küste gedrängt und umgeben  
sind, daß ein Rückzug ins Innere nicht ohne große  
Verluste zu bewerkstelligen wäre, aufzunehmen und

nach einem westlicher gelegenen Hafenpunkte überzu-  
führen.

**Bayonne, 25. Dec.** Die ganze Armee des Gene-  
rals Moriones hat sich in Pasajes, östlich von San  
Sebastian, nach unbekanntem Ziele, wahrscheinlich  
nach Santander, eingeschifft.

## Freie Conferenz.

Dienstag, 30. Dec. im „Hirschen“  
in Bühl.

### Freie Conferenz

am Dienstag den 30. d. M., Nachmittags zwei  
Uhr im kath. Vereinshaus zu Freiburg.  
Landkapitel Freiburg.  
Schanno, Decan.

### Katholische Volkspartei.

Wahlbesprechung für den XI., XII., XIII. und XIV.  
Reichstagswahlbezirk Freitag den 2. Januar  
1874, Nachmittags 1 1/2 Uhr, im Saale des kath.  
Casino's zu Heidelberg. Das Comité.

### Einladung.

Auf Sonntag den 28. d. M., Nachmittags 3 Uhr,  
beehre ich mich meine Wähler und deren Urwähler  
aus dem Amte Ettlingen zu einer Besprechung nach  
Malsch in das Gasthaus zum „Lamm“ einzuladen.  
Karlsruhe, 23. Dec. 1873.  
Lender, Landtagsabgeordneter.

Redigirt unter Verantwortlichkeit von Dr. Ferd. Bissling.

### Allen Kranken Kraft und Gesundheit ohne Medicin und ohne Kosten.

## Revalescière Du Barry von London.

Die vorzügliche Heilmahrung Revalescière Du Barry be-  
währt sich bei allen Krankheiten, die der Medicin wider-  
stehen: nämlich Magen-, Nerven-, Brust-, Lungen-, Leber-,  
Drüsen-, Schleimhaut-, Athem-, Blasen- und Nierenleiden,  
Tuberculose, Diarrhöen, Schwindel, Asthma, Husten, Un-  
verdaulichkeit, Verstopfung, Fieber, Schwindel, Blutauffsteigen,  
Ohrenbrausen, Uebelkeit und Erbrechen selbst in der Schwan-  
gerschaft, Diabetes, Melancholie, Abmagerung, Rheumatismus,  
Sicht, Bleichsucht. — Auszug aus 80,000 Certificaten über  
Genehungen, die aller Medicin getrotzt:

Certificat Nr. 68,471.

Brunetto (bei Mondovi), den 26. October 1869.

Mein Herr! Ich kann Sie versichern, daß seit ich von der  
wunderbaren Revalescière du Barry Gebrauch machte, das  
heißt seit zwei Jahren, ich die Beschwerden meines Alters  
nicht mehr fühle, noch die Last meiner 84 Jahre. Meine  
Beine sind wieder schlank geworden, und mein Gesicht ist so  
gut, daß ich keiner Brille bedarf; mein Magen ist stark, als  
war ich 30 Jahre alt. Kurz, ich fühle mich verjüngt; ich  
predige, ich höre Beichte, ich besuche Kranke, ich mache ziem-  
lich lange Reisen zu Fuß, ich fühle meinen Verstand klar  
und mein Gedächtniß erfrischt. Ich ersuche Sie, diese Erklä-  
rung zu veröffentlichen, wo und wie Sie es wünschen. Ihr  
ganz ergebener

Abbe Peter Castelli,

Bach-,és-Theol. und Pfarrer zu Brunetto,  
Kreis-Mondovi.

Certificat Nr. 73,705.

Wien, Praterstraße 22,  
im Mai 1871.

Ich bin Ihnen Dant schuldig für den Erfolg, den Ihre  
vorzügliche Revalescière an mir ausübte. Ich litt nämlich  
oft an Magenkrämpfen, Husten und Diarrhöe, von welchen  
mich Ihr vorzügliches Heilmittel befreite.

L. Großmann.

Nährhafter als Fleisch, erspart die Revalescière bei Er-  
wachsenen und Kindern 50 Mal ihren Preis in andern Mit-  
teln und Speisen.

In Blechbüchsen von 1/2 Pfund 18 Sgr., 1 Pfund 1 Thlr.  
5 Sgr., 2 Pfd. 1 Thlr. 27 Sgr., 5 Pfund 4 Thlr. 20 Sgr.,  
12 Pfund 9 Thlr. 15 Sgr., 24 Pfund 18 Thlr. — Revales-  
cière Biscuiten: Büchsen à 1 Thlr. 5 Sgr. und 1 Thlr. 27 Sgr.  
— Revalescière Chocolatée in Pulver für 12 Tassen 18 Sgr.,  
24 Tassen 1 Thlr. 5 Sgr., 48 Tassen 1 Thlr. 27 Sgr., 288  
Tassen 9 Thlr. 15 Sgr., 576 Tassen 18 Thlr.; in Tabletten  
für 12 Tassen 18 Sgr., 24 Tassen 1 Thlr. 5 Sgr., 48 Tassen  
1 Thlr. 27 Sgr.

Zu beziehen durch Barry du Barry u. Comp. in  
Berlin, 178 Friedrichstraße, und in allen Städten bei vielen  
guten Apothekern, Droguen, Specerei- und Delicatenhänd-  
lern. In Karlsruhe bei Th. Brugier. Großherzog-  
lichem Hoflieferanten Louis Dörle, u. Paul Mayer,  
R. Schnupp, Kasatt: A. Fischer, früher A. Sallinger-  
gehdt, Offenburg: Fran. Dimmler, Constanz: Fr.  
Schlößle, Worms: F. H. Meyer, Ludwigshafen:  
Wih. Kuelius, Dürkheim: Jean Hammel, Schopf-  
heim: Johann Reinacher, Bellingen: Lucas Eisele,  
Durlach: Ludwig Reischer, Tauberbischofsheim: Leop.  
Franz, Ueberlingen: F. F. Blattau, Kehl: Karl Schmid,  
Freiburg i. Br.: Wilhelm Koff, vormalig E. Sidenberger,  
Droguist am Schwabenthor, Ch. Th. Hechinger, Salzstra-  
ße 7, Pforzheim: Wilhelm Salzer, Zweibrücken:  
Ww. August Seel, Baden-Baden: Geschwister Wolff,  
Mannheim: Louis Goos, Lit. S. 2. Nr. 20, Heiligen-  
berg: E. Leibinger, Heidelberg: Franz Popp, Speyer:  
F. C. Eberhardt und nach allen Gegenden gegen Postanwei-  
sung.

# Katholische Zeitschriften für 1874.

Verlag von Herder in Freiburg.

## Stimmen aus Maria-Laach.

Politische und kirchliche Fragen, Philosophie, Kritik, Reisen.

## Missionen, die katholischen.

Statistik, Geschichte der Missionen, Briefe aus allen Theilen der Welt, bildliche Darstellung der Gegenden, Gebäude und Einwohner, meist nach Originalphotographien.

Beide Zeitschriften durch die Post oder durch den Buchhandel beziehbar. Die Januar-Nummern erscheinen zu Weihnachten.

Im Verlage von Franz Kirchheim in Mainz ist soeben erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen, in Freiburg durch die Literarische Anstalt:

- Bolanden, Conrad von,** Canossa. Historischer Roman. Drei Bände. 8<sup>o</sup>. geh. fl. 5. 36 fr. rh.
- Erlburg, L. von,** Die Erben von Hohened. — Blümchen Wunderhold. — Die Grafen von Lauenaar. Drei Romane für den Familienleser. 8<sup>o</sup>. geh. fl. 1. 15 fr. rh.
- Molitor, Wilh.** Maria Magdalena. Ein dramatisches Gedicht. Zweite Auflage. M. V. geh. fl. 1. 45 fr. rh.
- Veltheim, H. von,** Eine Fregat im Omnibus. Eine Erzählung nach dem Englischen, frei bearbeitet. Zweite Auflage. 8<sup>o</sup>. geh. fl. 1. 45 fr. rh.

## Stelle-Gesuch.

Es sucht einer, der den Post- und Telegraphendienst zu erlernen wünscht, eine Stelle. Die Adresse theilt auf portofreie Anfrage unter Beischluß einer Freimarke die Exp. d. Bl. mit. 14.5

## Buchhalter-Gesuch.

Für das Bureau eines Fabrikgeschäftes im Badischen wird ein solider junger Mann als Buchhalter zu engagiren gesucht. Eintritt 1. April. Anfangs-Gehalt 1200 fl. Lusttragende wollen Offerten unter H. K. poste restante Karlsruhe einbringen.

## Für Brust- und Hustenleidende

ist Mayer'scher weißer Brust-Syrup das beste und billigste Heilmittel. Steht echt vorrätig bei: Th. Brugler in Karlsruhe, Waldstraße 10. F. Adrian in Freiburg, Eug. Walter in Schönwald. Wilh. Mutterer in Krozingen. G. A. Herbst in Breisach. Gebr. Kern in Furthwangen. Th. Weber in Ettenheim. 13.

## Wöhringen. Todesanzeige.



Freunden, Bekannten und allen Gönnern unseres Vater, des Hauptlehrers Anton Basill Göß, die traurige Nachricht, daß derselbe uns nach nur kurzem Leiden plötzlich und unerwartet durch den Tod entrissen worden; ihre Theilnahme und Mitleid möge uns aufrichten in diesem unserm großen, schweren Schmerz und Unglück.

Wöhringen, 24. Dez. 1873.

Josef Göß, Kaplan.

Amalie Göß.

Für 1874 ist von der katholischen Presse bestens empfohlen worden:

## Deutscher Volksfreund = Kalender.

Prachtvoll ausgestattet, reichhaltig, unterhaltend, belehrend und billig, mit Notizblättern. Preis 6 Sgr.

Verlag von Franz Goerlich in Breslau. Vorrätig bei allen Buchhändlern, insbesondere in der Literarischen Anstalt in Freiburg i. Br. 2.1.

## Constantia.

Die Vereinsmitglieder werden in Kenntniß gesetzt, daß der Verein am 15. d. M. den Preis für eine Christbaumgabe auf 1 fl. festgesetzt, und ferner, um ein werthvolleres Ergebnis zu erzielen, den Wunsch ausgesprochen hat, daß die Mitglieder die Gaben nicht selbst ankaufen, sondern den Preis hierfür an ein Comité-Mitglied längstens bis Montag den 29. December abgeben möchten.

Selbstgefertigte und selbstgekauft Gaben werden zwar wie früher angenommen, sie unterliegen aber der Werthschätzung einer hiezu bestellten Commission, welche Gaben unter dem oben bezeichneten Werthe nicht zulassen wird. Der Vorstand.

Reuthe, Post Denzlingen. 2.2.

## Kapital-Antrag.

In den Fonds zu Reuthe, Post Denzlingen, liegen 800 fl. ganz oder theilweise zum Ausleihen bereit.

Dr. Kolbus, Pfarrer.

## Kirchenorgel-Verkauf.

Eine gute Orgel mit 7 Registern ist billig zu verkaufen. Näheres bei Orgelbauer Mayer in Hainstadt, Amts Buchen. 2.2.

## Geschäfts-Eröffnung und Empfehlung.

Mit Gegenwärtigem beehre ich mich, dem verehrlichen Publicum zur gefälligen Kenntniß zu bringen, dass ich heute meine

## Buch- & Accidenz-Druckerei

eröffnet habe und empfehle mich zur Anfertigung aller in ihrer Branche vorkommenden Arbeiten zu den billigsten Preisen.

Breuchsall, 25. Dezember 1873.

Achtungsvoll  
Eduard Bopp.

25 Bahnhofstrasse 25.

## Bordeaux-Weine.

Seit Jahren repräsentire ich als Agent eine alte reelle Wein-Firma in Bordeaux, welche eigene große Rebgrüter im Bezirk Medoc nächst Chateau Lafite und im weissen Bezirk Sauternes nächst Chateau Yquem besitzt, deren Weine seit 1859 bis 1873 auf Ausstellungen häufig durch die goldene Medaille ausgezeichnet wurden. Ich bin daher in der Lage, entschieden reine unverfälschte rothe und weisse Bordeaux-Weine bei sachweisen Bezüge per Barrique von 225 Litres a 250 bis 600 francs und höher, loco Bordeaux zu liefern, zu welchem ersten Preise, bei Selbstabzug in Flaschen, ein reiner famoser Medoc, Fracht, Zoll, Flasche und Bouchons inbegriffen, auf 36 fr. per Flasche zu stehen kommt. Alle diese Weine, sowie reine Cognacs, Rhum, Liqueurs de Bordeaux, Keres, Madere liefere ich ab Bordeaux in Kisten von 30 bis 60 Flaschen von 2 Fr. bis 10 Fr. per Bouteille und empfehle ich mich für Besorgung geeigneter Aufträge bestens.

## Beutter-Boettlin in Constanz.

Agent für französische und deutsche Weine.

(Königreich Sachsen).

## Technicum Mittweida.

7.1

Höhere Fachschule für Maschinen-Ingenieure, Werkmeister. Nächste Aufnahme: 15. April. Lehrpläne gratis durch Dir. Wetzel. — Vorunterricht frei.

## Strassburg im Elsaß. Zu verkaufen.

Ein Haus mit drei Stöckwerken und Verkaufslotaken, großem gewölbtem Keller, Waschküche, Stallung und Hof mit Terrasse. — Man wende sich an die Elsaß-Lothringische Geschäfts-Office, 4 Brandgasse, Strassburg im Elsaß. (General-Annoncen Expedition L'Alsace Strassburg 2015). 8.1

Ehätige Agenten gesucht für den Verkauf von Anlehenstloosen.

Joh. S. Sternberg, Bankgeschäft. Frankfurt a. M.

## Stelle-Gesuch.

Cameral-Assistent, ein, mit dem Prädicat „gut befähigt“, recipirter, mit hübscher gefälliger Handschrift, und in jeder Beziehung sehr guten Zeugnissen, kath. Confession, sucht bei einer Grund- oder Standesherrschafft, oder kirchlichen oder Gemeinde-Corporation eine Stelle als Verwalter oder Rentmeister, oder aber als Assistent bei irgend einer Kanzlei — am liebsten bei der Rechnungsrevision oder dem Controlbureau u. d. der erzbischöflichen Kanzleiverwaltung in Freiburg. Der Dienstantritt könnte nach Wunsch geschehen, und wollen Offerten gefälligst an die Expedition d. Bl. einbringen werden.

## Geburten.

- 19. Dec. Anna Rosalie Bertha, Vater Friedrich Schick, Militär-Indantur-Secretär.
- 19. " Anna Marie, Vater Michael Kaufmann, Magazinier.
- 20. " Friedrich Wilhelm, Vater Jakob Frey, Schlosswärter.
- 21. " Jakob, Vater Jakob Sped, Fabrikarbeiter.
- 21. " Hermann, Vater Wilhelm Soja, Blechner.
- 22. " Max August, Vater Markus Schmitter, Graveur.
- 22. " Friedrich, Vater Karl Weng, Hofoberrevisor.
- 23. " Hermann Philipp Wilhelm, Vater Wilhelm Gräß, Buchhändler.
- 23. " Johann Baptist, Vater Johann Pfost, Aufseher.

## Todesfälle.

- 20. Dec. Marie, Vater Großh. Buchhalter Adam.
- 21. " Elisabeth, Vater Maurer Kobla, 10 J.
- 21. " Julie, Ehefrau des Regierungsrath Zittel, 29 J.
- 21. " Adam Bernhardt, Hammerschmied, ein Ehemann, 39 J.
- 22. " Marie, Ehefrau des Fabrikarbeiters Sped, 39 J.
- 22. " August Mad, ledig, 24 J.
- 21. " Wilhelmine, Vater Schuhmacher Weinhart, 4 W. 3 J.
- 22. " Marie Ungerer, Dienstmädchen, ledig, 56 J.

## Cours der Staatspapiere. Frankfurt, 24. Dezember.

Staatspapiere.	pr. comptant.	Ausland 5% Obligationen v. 1872	93 1/2 % b	5% Oesterreichische Südbahn-Priorit.	85 1/2 % b	Finnländer 10-Thlr.-Loose	9 1/2 % b
Preußen 4 1/2 % Consol. Oblig.	105 1/2 % b	Belgien 4 1/2 % Obligationen	101 1/2 % b	3% do.	49 1/2 % b	Reininger 7-fl.-Loose	7 1/2 % b
do. 4 1/2 % do.	— b	Schweden 4 1/2 % Oblig. in Thaler	96 1/2 % b	5% Elisabeth, Coupon i. Silb. 1. Em.	83 1/2 % b	B e r l i n - C o u r s.	
do. 4% do.	99 1/2 % b	Schweiz 4 1/2 % Eidgenössisch.-Obl. i. Fr.	— b	5% do. do. 2. Emiff.	82 1/2 % b	Amsterdam L.S.	99 %
Baden 5% Obligationen	104 1/2 % b	4 1/2 % Berner Obligationen	97 1/2 % b	5% Böhmisches Westbahn, 1863, 300 fl.	84 1/2 % b	Kuglsburg	100 %
do. 4 1/2 % do.	100 1/2 % b	N.-Amerika 6% Bonds 1882 v. 1862	97 1/2 % b	3% Oesterr. Staatsb. (L.-8. Em.) 28 fr.	— b	Berlin	104 1/2 % b
do. 4% do.	95 1/2 % b	6% " 1885 v. 1865	99 1/2 % b	5% Preussische Ludwigsbahn	102 1/2 % b	Bremen	105 1/2 % b
do. 3 1/2 % do. v. 1842	90 1/2 % b	5% " 1904r 10/10 1864	97 % b	5% Preussische Ludwigsb. (Verb. d.)	103 1/2 % b	Brüssel	93 1/2 % b
Bayern 4 1/2 % Obl. 1856 3s. 1. jährl.	101 1/2 % b	Spanien 3% neue Schuld von 1869	14 1/2 % b	6% Central Pacific, rüd. 1898	80 % b	Hamburg	105 1/2 % b
do. 4 1/2 % " (Rins 1 Jahr.)	100 1/2 % b	Frankreich 5% Rente. Fr. zu 28 fr. leer.	92 1/2 % b	6% Pacific Missouri, r. 1888 v. 1868	57 1/2 % b	Leipzig	106 % b
do. 4% " 1 Jahr.	98 1/2 % b	Actien und Prioritäten.	— b	6% südl. Pac. Riff. r. 1888 v. 1869	42 % b	London	118 1/2 % b
Württemberg 5% Obligationen	104 1/2 % b	Badische Bank, 200 Thaler	114 % b	Anlehen - Loose.	— b	Mailand	— b
do. 4 1/2 % do.	100 % b	3% Frankfurter Bank, fl. 500	152 % b	Bayerische 4% Prämien-Anleihe	113 % b	Paris	93 1/2 % b
do. 4% do.	96 1/2 % b	4% Darmstädter Bankactien, fl. 250	406 1/2 % b	4% Bad. Prämien-Loose zu 100 Thlr.	111 1/2 % b	Wien	103 1/2 % b
Essen 4 1/2 % Obligationen	— b	3% Oesterr. Nationalbank, fl. 600 6 fr.	1028 % b	Badische 35-fl.-Loose.	— b	G o l d u n d S i l b e r.	
do. 3% do.	92 1/2 % b	5% do. Creditactien, fl. 160	242 % b	Braunschweiger 20-Thlr.-Loose.	22 1/2 % b	Pr. Friedrichsd'or	fl. 9.58—59
do. 4% do.	97 % b	Stuttgarter Bank	93 1/2 % b	Gr. Preussische 50-fl.-Loose	— b	Pisolen	9.41—43
do. 4% do.	97 % b	5% Elisabethbahn, fl. 200	227 % b	25-fl.-Loose	57 1/2 % b	Holländ. 10-fl.-St.	9.52—54
do. 4% do.	97 % b	5% Ludwigsbahn, fl. 200	163 1/2 % b	Kurhessische 40-Thaler-Lose	69 % b	Ducaten	5.32—34
do. 4% do.	97 % b	4% Ludwigsbahn-Verb. d. fl. 500	193 % b	Ansbach-Gunzenhausen 7-fl.-Loose	14 1/2 % b	20-Frankenstücke	9.22—23
do. 4% do.	97 % b	4% Bayerische Ostbahn, fl. 200	114 1/2 % b	Oesterr. 4% 250-fl.-Loose von 1854	— b	Engl. Sovereigns	11.49—51
do. 4% do.	97 % b	4% Hessische Ludwigsbahn, Thlr. 200	158 % b	" 5% 500 do. do. 1860	92 1/2 % b	Russ. Imperiales	9.42—44
do. 4% do.	97 % b	5% Oesterr. Staatsbahn, Fr. 500	348 1/2 % b	" 100-fl.-Loose do. 1864	146 % b	Dollars in Gold	2.25—26
do. 4% do.	97 % b			Schwedische 10-Thaler-Lose	14 % b		

Druck und Verlag von L. Schweiß, Adlerstraße Nr. 20 in Karlsruhe.